

01.12.2021
210c

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Dr. Gerhard Will (Berlin),
Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Asien der Stiftung
Wissenschaft und Politik,
bei der Online-Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Arbeitshilfe
„Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen
in unserer Zeit – Vietnam“
am 1. Dezember 2021

Zwischen Leninismus und Pluralismus
Einige Anmerkungen zur Zivilgesellschaft in der Sozialistischen Republik
Vietnam

In Artikel 4 der Verfassung der Sozialistischen Republik Vietnam wird das Macht-, Führungs- und Organisationsmonopol der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) eindeutig formuliert und festgeschrieben. Die Sozialistische Republik Vietnam steht damit in der Tradition eines von Lenin propagierten Staats- und Gesellschaftsverständnisses, das alle staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten dem Führungs- und Gestaltungsanspruch der Kommunistischen Partei unterwirft. Dieses Prinzip steht nicht nur auf dem Papier, sondern findet sich auch in allen grundlegenden Dokumenten der Partei- und Staatsführung. Journalisten, Blogger und Internet-Gruppierungen, die dieses Prinzip offen infrage stellen und auf ihrem – von der Verfassung formell garantierten – Recht auf freie Meinungsäußerung und Organisationfreiheit bestehen, müssen mit willkürlichen Verhaftungen und mehrjährigen Gefängnisstrafen rechnen. All diese Repressionsmaßnahmen haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft und damit viele Hoffnungen auf eine grundlegende Reform und Liberalisierung des politischen Systems Vietnams zunichte gemacht.

Befasst man sich jedoch etwas eingehender mit der Entwicklung Vietnams, so sind die frappierenden Unterschiede zu anderen Staaten, die einem leninistischen Herrschaftsmodell verpflichtet sind bzw. verpflichtet waren, schwerlich in Abrede zu stellen. Angesichts einer schweren wirtschaftlichen und

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Tel. +49 (0) 228 103 214
Fax +49 (0) 228 103 254
Mail pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

politischen Krise, die durch eine galoppierende Inflation und weit verbreitete Nahrungsmittelknappheit gekennzeichnet war, entschloss sich die vietnamesische Führung mit Beginn der 1980er-Jahre, in einem immer größeren Umfang private wirtschaftliche Aktivitäten zuzulassen. So konnte sich – wie in China – wirtschaftliche Macht in privater Hand konzentrieren und ausländische Investoren erhielten freien Zugang zum vietnamesischen Markt. Güter und Dienstleistungen (Wohnraum, medizinische Versorgung, qualifizierte Schulbildung, Auslandsreisen etc.), die bislang als Belohnung für treue Dienste als Privilegien verliehen wurden, konnten nun auch auf dem freien Markt gegen entsprechende Bezahlung erworben werden.

Ebenso wurde Gruppierungen und Assoziationen – nicht zuletzt religiösen Gemeinschaften –, die bislang strengen Repressionen ausgesetzt oder bestenfalls geduldet waren, ein annähernd legitimer Status zuerkannt. Das schuf zunächst relativ große Freiräume für zivilgesellschaftliches Engagement in sehr unterschiedlichen Bereichen, angefangen vom sozialen bis hin zum publizistischen Engagement, das in klassisch-leninistisch strukturierten Staaten als regimfeindlich oder gar konterrevolutionär eingestuft worden wäre.

Diese wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Freiräume waren und sind bis zum heutigen Tage äußerst fragil, da jegliche rechtliche Absicherung fehlt. So wurde jahrzehntlang über ein Gesetz debattiert, das die Rechte und Pflichten von Assoziationen festlegen sollte. Die Debatte resultierte in einem Gesetz, das die Rechte von Assoziationen höchst unklar formulierte, während umgekehrt die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten des Staates großzügig bemessen wurden. Noch entscheidender als solch schwammige Gesetze ist jedoch die Tatsache, dass Vietnam über kein Rechtssystem verfügt, das den Vorstellungen einer unabhängigen Justiz als dritter Gewalt im Staate entsprechen würde. Rechtsstaatsdialoge und verschiedene Kooperationen im Bereich der Rechtswissenschaften zwischen Deutschland und Vietnam blieben weit hinter den in sie gesetzten Erwartungen zurück.

Aufgrund dieser mangelnden rechtlichen Absicherung sind die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Gruppen und Akteure sehr fragil, und die Grenzen dieser Handlungsspielräume werden sehr stark von dem aktuellen politischen Kurs der Partei bestimmt. Über Legitimität oder Illegitimität, Möglichkeit oder Unmöglichkeit von Aktivitäten derartiger Gruppierungen entscheiden darüber hinaus höchst unterschiedliche Faktoren und Voraussetzungen:

- Die wirtschaftliche und politische „Großwetterlage“, die nach Einschätzung der Führung diese dazu zwingt, Härte zu zeigen oder auch Zugeständnisse zu machen, um breitere Unterstützung in der Bevölkerung zu bekommen.
- Fordern die Aktivitäten einer zivilgesellschaftlichen Gruppierung das Herrschaftsmonopol der Partei offen heraus oder fügt sie sich – zumindest formal – dem Herrschaftsanspruch der Partei.
- Widmen sich diese Gruppierungen z. B. im sozialen Bereich wichtigen Aufgaben, die der Staat nicht wahrnehmen will oder kann.

- Haben diese Gruppierungen einen „Schirm“, d. h. erhalten sie Unterstützung von mächtigen Personen auf nationaler, regionaler oder auch nur lokaler Ebene.

Ob diese oben genannten Faktoren zutreffen bzw. zur Anwendung kommen oder nicht, ist nicht an abstrakten Kriterien festzumachen, sondern hängt im hohen Maße von der Einschätzung der vietnamesischen Führung ab. Diese Führung ist jedoch keineswegs so monolithisch, wie sie sich nach außen gibt. Auseinandersetzungen in dieser Führung wie auch Verschiebungen von Machtverhältnissen können daher sehr schnell die Haltung gegenüber den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen verändern.

Für die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen bedeutet dies, dass sie ständig gefordert sind, ihre Handlungsspielräume zu verstetigen und, wann immer möglich, zu erweitern. Sie müssen darüber hinaus auch stets alle weitergehenden politischen Implikationen ihres Handelns berücksichtigen und dem teils sehr hohen Erwartungsdruck ihrer Anhänger gerecht werden. Dies ist für beide Seiten ein sehr dynamischer und konfliktreicher Prozess. Das politische und gesellschaftliche System Vietnams, das Stabilität und Geschlossenheit absoluten Vorrang einräumt, verfügt jedoch über wenig Erfahrung, Mittel und Wege, um mit solchen Konflikten konstruktiv umzugehen. Konflikte, die bereits über einen längeren Zeitraum schwelen, können auf einmal eskalieren und eine Beendigung der Konflikte erfolgt meist nicht durch eine friedliche Beilegung bzw. einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiss, sondern durch ein massives Eingreifen des staatlichen Repressionsapparates.